

PM zur Landtagswahl NRW: CETA stoppen!

Köln, den 10.05.2022

Zivilgesellschaftliche Organisationen im Rheinland fordern:

Stopp CETA! Menschen verlieren, Konzerne profitieren! NRW darf im Bundesrat dem EU-Kanada-Handelsabkommen nicht zustimmen!

Trotz großer zivilgesellschaftlicher Proteste in Europa und Kanada ist CETA seit 2017 in Teilen vorläufig in Kraft. Zwölf EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, haben das Abkommen noch nicht ratifiziert. Darin liegt die Chance, CETA noch zu Fall zu bringen. Denn mit ihm verbunden sind Demokratieabbau, umfassende Liberalisierungsverpflichtungen im öffentlichen Dienstleistungssektor und Importe großer Mengen CO₂-intensiven Teersandöls.

Wenn Bundestag und Bundesrat den Vertrag befürworten und der Bundespräsident das Gesetz unterschreibt, wäre die deutsche Ratifizierung vollzogen. Dazu Hans-Jürgen Kleine vom ‚Kölner Bündnis für gerechten Welthandel‘: *„So weit darf es nicht kommen. Eine neue NRW-Landesregierung könnte wie andere Bundesländer, die CETA kritisch betrachten, durch ihr Stimmverhalten im Bundesrat dazu beitragen, dass das erforderliche Quorum verfehlt und das Abkommen nicht ratifiziert wird. CETA ist ein fossiler Handelsvertrag. Er ermöglicht ferner Transnationalen Unternehmen vor einem Sondergericht privilegierte Schadenersatzklagen gegen Vertragsstaaten, wenn diese ihre Gewinnerwartungen schmälern, z.B. durch gesetzliche Auflagen bei Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutz.“*

Nach dem am 15. März 2022 veröffentlichten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) steht nach Ansicht des Rechtsexperten Prof. Dr. Markus Krajewski nunmehr kein anhängiges Verfahren vor dem BVerfG einer Ratifizierung des CETA entgegen. Damit könnte die Bundesrepublik Deutschland der 16. Mitgliedstaat der EU werden, der CETA ratifiziert. Trotz einiger Bedenken der Karlsruher Richter*innen können die geheim tagenden CETA-Ausschüsse weiterhin aktiv bleiben und ohne demokratische Kontrollmöglichkeiten weitreichende Entscheidungen treffen, etwa über Hygienekontrollen bei Fleischimporten oder die Sicherheitsstandards bezüglich Pestiziden: *„Das Europäische Parlament hat nicht mitzuentcheiden, es wird lediglich informiert. Auch sonst bestehen keine weiteren Mechanismen einer parlamentarischen oder öffentlichen Verantwortlichkeit der CETA-Ausschüsse für ihre Beschlüsse“*, so der Völkerrechtler Prof. Dr. Wolfgang Weiß in einem Gutachten für die Verbraucherorganisation Foodwatch e.V.

Die Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag die CETA-Ratifizierung von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abhängig machen. Die obige Expertenmeinung zum Karlsruher Urteil dürfte die Vermutung bestätigen, dass das Bundeskabinett nunmehr alle wesentlichen Kritikpunkte am CETA beiseiteschieben und die Vorlage eines Zustimmungsgesetzes vorbereiten wird. Zwar lehnen Bündnis90/Die Grünen in einem gültigen Beschluss der Bundespartei das EU-Kanada-Abkommen klar ab. Doch dürfte nicht zuletzt zum Erhalt des Koalitionsfriedens um jeden Preis von Seiten der grünen Kabinettsmitglieder und der Bundestagsfraktion kaum mit ernsthaftem Widerstand gegen die Ratifizierung zu rechnen sein.

Anders im Bundesrat: Hier wollen nach bisherigem Stand mehrere Bundesländer, in denen die Grünen und die Linke (mit-)regieren, CETA nicht zustimmen. Würde sich eine zukünftige NRW-Landesregierung, an der Bündnis90/Die Grünen beteiligt sind, hier anschließen und sich auf eine Stimmenthaltung zum CETA-Gesetz in der Länderkammer einigen, könnte das erforderliche Quorum von 35 Ja-Stimmen verfehlt und CETA somit gestoppt werden. Damit wäre der Weg für die Auflage des ‚Alternativen Handelsmandats‘ im Interesse von Mensch und Natur ein großes Stück weit geebnet!

Mittragende Organisationen: Kölner Bündnis für gerechten Welthandel; Mehr Demokratie e.V. Nordrhein-Westfalen; AG Rheinenergie in Bürger*innenhand Köln; Bonner Bündnis ‚Stop TTIP & Co. für solidarischen Welthandel‘; Grannies For Future Köln; DFG-VK Köln; Wuppertaler Aktionsbündnis gegen TTIP und andere Freihandelsfallen; Kreisverband Die Linke Köln

Kontakt: Gisela Djelassi / Hans-Jürgen Kleine (presse@no-ttip-koeln.de / 0171 1652004), für das Kölner Bündnis für gerechten Welthandel: www.no-ttip-koeln.de